

Ratsitzung, Rede zur Einbringung des Haushalts

Donnerstag, 10. November 2022, Ratssaal

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

hinter uns liegt ein Jahr der Unwägbarkeiten,
der Krisen und Ungewissheit.

Zu Jahresbeginn hat sich wohl niemand von uns vorstellen
können,
dass wir neben der Corona-Pandemie,
die das gesellschaftliche Leben auf den Kopf gestellt und
wirtschaftliche Verwerfungen hinterlassen hat,
noch zwei weitere Krisen meistern müssen.

Seit dem 24. Februar tobt der unsägliche Angriffskrieg in der
Ukraine.

Neben dem menschlichen Leid und Tod vor Ort ist der Krieg
auch in Europa, in Deutschland und auch in Gladbeck
angekommen.

Viele, viele Menschen mussten flüchten,
einen sicheren Hafen vor Putins Bomben und Soldaten
erreichen.

639 Menschen aus der Ukraine leben momentan in Gladbeck.

Mit großer ehrenamtlicher Hilfe konnten wir ihnen in diesen
schweren Monaten zur Seite stehen,
ihnen ein sicheres Zuhause auf Zeit bieten.

Auf diese Leistung der gesamten Stadtgesellschaft können wir
alle sehr stolz sein.

Stolz und dankbar bin ich auch dafür,
wie wir als Stadtverwaltung diese Krise bisher gemeistert haben
und auch weiterhin meistern werden.

Wir haben vorausschauend geplant,
umsichtig gehandelt,
sofort einen Krisenstab eingerichtet.

Wir haben unsere Unterbringungsmöglichkeiten rasch ausgeweitet und auch der Bau des Containerdorfes auf dem Festplatz war richtig und wichtig, wie sich jetzt herausstellt.

Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, die weit über das normale Maß Einsatz gezeigt haben, von ganzem Herzen.

Und wäre all das nicht genug Krise für Verwaltung und Stadtgesellschaft, zieht der Angriffskrieg gegen die Ukraine auch Folgen nach sich, die uns ganz unmittelbar betreffen:

- Energie wird knapp und immer teurer,
- die Inflation steigt und steigt,
- wir erwarten eine Rezession und real sinkende Steuereinnahmen,
- und erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg müssen wir alle einen ganz deutlichen Wohlstandsverlust hinnehmen.

Das macht etwas mit uns allen.

Zum einen gibt es die Sorge um Arbeitsplätze und Betriebe, um wiederkehrende Armut und Menschen, die ihre Strom- oder Gasrechnung nicht mehr bezahlen können.

Zum anderen sorgen diese sich überlappenden Krisen für Unsicherheit, für Zukunftsängste und ein schwindendes Vertrauen in den Staat, ja auch für eine Demokratiekrise.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,
was ist in diesen Zeiten unsere Rolle?

Was können wir als Verantwortliche hier vor Ort,
da, wo das Leben der Menschen stattfindet,
tun?

Meine Antwort darauf:

Vertrauen schaffen,

eine solide und nachvollziehbare Arbeit leisten und alles daran
setzen,

dass unsere Stadt handlungsfähig und damit lebenswert bleibt.

Deshalb bin ich heute sehr froh,
Ihnen einen Haushalt präsentieren zu können,
den wir trotz aller Krisen und Herausforderungen ausgleichen
konnten,
der im Entwurf ein leichtes Plus von **108.000 Euro** aufweist.

**Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von rund 320 Millionen
Euro ist das tatsächlich hauchdünn.**

Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen und insbesondere der
Kämmerei mit Stadtkämmerer Thorsten Bunte an der Spitze
sehr dankbar für diese enorme Kraftanstrengung in diesem
besonderen und herausfordernden Jahr.

Liebe Mitglieder des Rates,
den knappen Ausgleich schaffen wir nur,
weil die Landesregierung aus CDU und Grünen den Städten
einen Weg aufgezeigt hat,
die Belastungen aus den drei Krisen zu isolieren und damit die
Handlungsfähigkeit der kommunalen Haushalte sicherstellen
will.

Hier haben wir auch keine Wahl, denn der Gesetzgeber verlangt ausdrücklich, dass wir diesen Weg mitgehen.

Er ist die Brücke, über die wir gehen werden, um auch zukünftig unsere Stadt eigenverantwortlich gestalten zu können.

Deshalb bereits an dieser Stelle mein dringender Appell an die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen:
Gehen Sie diesen Weg Ihrer Landesregierung mit, übernehmen Sie Verantwortung für einen Haushalt, der uns in die Lage versetzt, unsere Stadt auch zukünftig zu gestalten!

Auch das hat nämlich etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun,
das hat auch die Stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur in einem Treffen des Städtetages mit dem Landtag jüngst betont.

Was nutzt es unseren Kindern und Kindeskindern,
wenn wir ihnen eine durchs Kaputtsparen marode Infrastruktur
hinterlassen,
wenn wir nicht in Bildung und Nachhaltigkeit, in Klimaschutz
und nötige Infrastruktur investieren?

Liebe Mitglieder des Rates,
ich betone an dieser Stelle aber auch:
Die Isolation von 10,5 Millionen Euro ist nur eine Verschiebung
der Schulden,
wir hätten uns hier eine echte Finanzhilfe des Landes
gewünscht.
Die Isolation ist ein Aufschub,
den wir später zurückzahlen müssen.

Eine wirkliche Lösung der strukturellen Unterfinanzierung der
Kommunen ist das nicht.

Dazu brauchen wir dringend eine auskömmliche
Finanzausstattung und einen wirklichen Schuldenschnitt und

eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Stadt, Land und Bund.

Darauf warten und warten und warten wir Kommunen seit Jahren und keine Landes- und auch keine Bundesregierung, egal unter welcher Federführung, ist dabei ihrer Verantwortung gerecht geworden.

Und auch bei den Kosten und Lasten, die die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine und aus vielen andere Teilen dieser Welt mit sich bringen, ziehen wieder einmal die Städte den Kürzeren, werden von Land und Bund allein gelassen.

Die Städte sind ebenfalls bei vielen anderen Dingen immer die letzten in der Nahrungskette, obwohl hier das Leben der Menschen stattfindet.

Und der erst jetzt angekündigte Drei-Säulen-Plan der Landesregierung sorgt momentan eben auch für mehr Fragen als Antworten.

Mitte November will der Ministerpräsident in einem Kommunalgipfel mehr erklären.

Für die meisten Städte,

die wie wir unter vielen Unwägbarkeiten ihren Haushalt aufstellen mussten,

ist das zu spät.

Gerecht ist all das nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Mitglieder des Rates,

ich möchte mich aber heute nicht im Beklagen und Lamentieren verlieren.

Ich möchte die Ärmel hochkrempeln und mit Ihnen allen hier Zukunft gestalten.

Dazu haben wir in den vergangenen zwei Jahren bereits deutliche Schwerpunkte gesetzt.

Stichwort Bildung:

Unser Schulausbau-Programm läuft allen Hindernissen zum Trotz weiter.

Wir treiben die Digitalisierung an den Schulen voran.

Von insgesamt 9000 Schülerinnen und Schülern und 700 Lehrerinnen und Lehrern sind 90 Prozent mit digitalen Endgeräten versorgt,

der Rest folgt im kommenden Jahr.

Die rund 500 digitalen Whiteboards sind nach einem jahrelangen Ausschreibungs-Marathon endlich bestellt.

Wir haben mit dem Heisenberg-Gymnasium die modernste Schule in der gesamten Umgebung,

arbeiten intensiv an der Sanierung und Erweiterung des Riesener-Gymnasiums,

planen eine neue Grundschule im Süden der Stadt, den Neubau der niedergebrannten Sporthalle in Rentfort-Nord.

Wir planen auch für die Umsetzung des OGS-Anspruchs in der Grundschule, indem wir an fast allen Standorten neuen Schulraum anbauen.

Rund 11 Millionen Euro investieren wir damit und mit vielen anderen Maßnahmen im kommenden Jahr in unsere Schulen.

Wir setzen den Kita-Ausbau mit voller Offensive fort und haben mit den Kita-Leitungen eine Arbeitsgruppe zur Qualitätssteigerung gegründet.

Wir werden hier auch im Stellenplan ein deutliches Zeichen setzen und multiprofessionelle Teams in den Kitas aufbauen.

Diese zusätzlichen Aufgaben und gestiegenen Fallzahlen werden sich,

ohne der Beratung schon vorgreifen zu wollen,

auch im Stellenplan abbilden.

Wir planen derzeit mit einem finanziellen Mehraufwand von rund **4,4 Millionen Euro**.

Wir wollen Vollzeitstellen im Umfang von 65 Stellen einrichten.

Diese verteilen sich auf die wichtigen Zukunftsbereiche dieser Stadt,

auf die Bereiche,

die wir doch hoffentlich alle gemeinsam voranbringen wollen.

Wir planen für den Bereich **Bildung, Kinder und Jugend** mit rund 26 neuen Vollzeitstellen, unter anderem in der Schulsozialarbeit, bei der Digitalisierung der Schulen, beim Kinderschutz und natürlich beim Kita-Personal.

Wir wollen **Sicherheit und Ordnung** mit 17 Stellen unter anderem für die Feuerwehr, Kommunalen Ordnungsdienst, IT-Sicherheit und Bevölkerungsschutz stärken.

Der Bereich **Bauen, Planen und Umwelt** soll mit 9,5 Stellen unterstützt werden, unter anderem für die Großprojekte, die vor uns liegen und im Zuge der Klimaanpassung noch gestaltet werden müssen.

Wir stärken damit aber auch die Bauordnung, die unter anderem im Bereich der Problemimmobilien unterwegs ist.

Auch im Bereich des strategischen Finanzmanagements brauchen wir mehr Vollzeitstellen wegen gestiegener Anforderungen und gesetzlicher Entwicklungen.

Änderungen wie beispielsweise die Wohngeldreform und das neue Betreuungsrecht sorgen im **Sozialbereich** ebenfalls für einen Mehrbedarf.

Das heißt:

54 Prozent des geplanten Stellenzuwachses sind durch gesetzliche Vorgaben begründet, rund 46 Prozent der neuen Stellen sind geplant, um den Aufgabenzuwachs bewältigen zu können.

Und dabei verlangt uns nicht nur die schwierige Haushaltslage alles ab.

Nein,

wir leiden auch,

wie viele Branchen und insbesondere der Öffentliche Dienst, unter einem deutlichen Fachkräftemangel.

Die Zeiten,

in denen die Bewerberinnen und Bewerber bei uns Schlange standen,

sind lange vorbei.

Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern klagen zu Recht über die Belastungen durch lange unbesetzte Stellen.

Deshalb planen wir eine strategische Personalentwicklung,

das ist auch ein Handlungsfeld in unserem Haushaltssicherungskonzept,

nur so sichern wir unsere Leistungsfähigkeit.

Mit der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK),

zu dem wir nach dem Ende des Stärkungspaktes im Jahr 2021

als überschuldete Kommune verpflichtet waren,

haben wir mehrheitlich hier im Stadtrat eine strategische Ausrichtung beschlossen.

Hierüber haben wir im Laufe des Haushaltsjahres berichtet, diesen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen. Entsprechend ist eine Fortschreibung des HSK erfolgt.

Die von mir eingerichtete Projektgruppe hat viele gute Vorschläge gemacht, von denen viele bereits in Bearbeitung sind.

Stichwort Wirtschaft:

Wir positionieren Gladbeck weiter als Stadt für Gründerinnen und Gründer,

haben die zweite Start-up-Messe veranstaltet,

wir betreiben ein sehr aktives Leerstandsmanagement.

Gerade in der Innenstadt hat sich in den letzten Monaten mit Unterstützung unserer Wirtschaftsförderung viel getan,

der nächste große Schritt ist die Erweiterung des Glückauf-Centers mit zwei Gastronomien und Dienstleistern,

die hier Arbeitsplätze vor Ort schaffen.

Im Innovationszentrum Wiesenbusch haben wir einen neuen Geschäftsführer eingestellt. Gemeinsam werden die städtische Wirtschaftsförderung und Herr Hackmann eine Wirtschaftsförderungsstrategie entwickeln, um Gladbeck als attraktiven Wirtschaftsstandort zu stärken.

Stichwort Nachhaltige Stadtentwicklung:

In jeder Krise liegt auch eine Chance.

Die Energiekrise wird die nachhaltige Transformation beschleunigen,
sie hat uns deutlich vor Augen geführt,
wie wichtig sie ist.

Ich bin dem größten Teil dieses Stadtrates sehr dankbar,
dass wir gemeinsam unsere Position zum Windrad auf der Mottbruchhalde überdacht haben,
neue Realitäten anerkennen und ein klares Bekenntnis zur Windkraft abgegeben haben.

Wir wollen noch weiter prüfen,
welche Flächen sich in der Stadt für Solarenergie eignen,
möglichst wenige neuen Flächen verdichten,
auch den Großraum „37° Nordost“ für eine behutsame und
grüne Stadtentwicklung nutzen.

Und auch die IGA 2027 wird uns dabei mit der Gestaltung
unserer Haldenwelt helfen.

Aber:

Die aktuellen Krisen schlagen sich natürlich auch im städtischen
Haushalt nieder.

3 Millionen Euro an Energiekosten hatten wir zunächst
einkalkuliert,
mittlerweile liegen wir bei rund 7.7 Millionen – und die
Preisspirale dreht sich immer weiter,
ein Ende scheint nicht in Sicht.

Stichwort Zusammenleben:

Gladbeck ist eine Stadt,
in der Menschen aus über 110 Nationen zusammenleben,
eine Stadt mit einer schwierigen sozialen Lage und vielen
Familien und Seniorinnen und Senioren,
die von Armut betroffen sind.

Unsere Aufgabe ist es,
für einen Ausgleich zu sorgen zwischen Alteingesessenen und
Neu-Dazugekommenen,
zwischen denen, die mehr und denen,
die weniger haben.

Wir machen im Zuge der Energiekrise umfassende Angebote
zur Beratung,
haben den Neustart der Gladbecker Tafel maßgeblich
vorangetrieben.

Und wir schauen auch dort nicht weg,
wo es Probleme gibt,
beispielsweise an der Steinstraße,
an der Humboldtstraße,
an der Märker Straße und am Busfortshof.

Dort haben wir den Druck erhöht,
Kontrollen ausgeweitet,
sind aber gleichzeitig mit Unterstützung und Hilfe vor Ort.

Deshalb:

Hier werden Probleme nicht kleingeredet,
wir sollten unsere Stadt aber auch nicht schlechtreden und von
einem Gladbeck der „no go-areas“ sprechen.

Das zumindest ist nicht die Stadt,
die ich tagtäglich erlebe.

Bei allen unseren Anstrengungen helfen uns die vielen
Bürgerinnen und Bürger,
die sich ehrenamtlich engagieren,
die Verantwortung fürs Gemeinwohl übernehmen.

Bei allen finanziellen und wirtschaftlichen Problemen:
Sie sind unser wahrer Reichtum,
die wichtigste Ressource unserer Stadt.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass wir den knappen
Ausgleich nur schaffen,
weil die Landesregierung aus CDU und Grünen den Städten
einen Weg aufgezeigt hat,
die Belastungen aus den drei Krisen zu isolieren.

Aber selbst mit der neuen Isolationsverpflichtung wäre der Haushaltsausgleich nicht darstellbar gewesen.

Um aber unsere Handlungsfähigkeit zu sichern, haben wir uns im Verwaltungsvorstand nach langen Diskussionen dazu entschlossen, das Instrument des sog. „globalen Minderaufwands“ zu nutzen.

Dabei kommt es in fast allen Bereichen des Haushalts zu einer Pauschalkürzung von 1 % der ordentlichen Aufwendungen. Das hört sich vielleicht erst einmal nicht viel an.

Aber tatsächlich ist dies ein weiterer sehr schmerzhafter Eingriff in die Budgets der Fachämter. Soweit die Kürzungen nicht kompensierbar sind, wird es letztlich zu Leistungseinschränkungen führen.

Ich komme zurück auf das, was ich zu Beginn meiner Ausführungen sagte:

Wir sind aktuell im Krisenmodus, vor uns liegen keine leichten Zeiten.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Ärmel hochkrempeln und gemeinsam das Beste aus der Situation machen, indem wir geschlossen Verantwortung für die Entwicklung unserer Stadt übernehmen.

Dazu gehen wir mit Ihnen,
den gewählten Mitgliedern des Rates,
in die Haushaltsberatungen.

Lassen Sie uns diese konstruktiv, wertschätzend und vertrauensvoll nutzen.

Lassen Sie uns gerade in diesen Krisenzeiten zusammenstehen,
gemeinsam,

über alle Parteigrenzen hinweg,

unsere Verantwortung zum Wohle unserer Stadt und unserer
Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen!

Herzlichen Dank und uns allen gute Beratungen!